

# Halle

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags, der monatliche Preispreis durch ameren Deuten, Ausgabestellen ohne Begründung 140 Schilling, durch die Post 160 Schilling und 20 Schilling Zuzuggebühr. Inhalt der Anzeigen-Annahme: zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Anzeigen-Zeiten berechnet; die Zeit 0,25 Schilling. Verlangene: Neue Dramen 10 u. m. c. Bezahlungstermin 17. Juni. Druckerei: C. G. G. Halle a. S., Postfach 1000. Druckerei: C. G. G. Halle a. S., Postfach 1000. Druckerei: C. G. G. Halle a. S., Postfach 1000.

### Die Regierungsbildung. Bürgerliche oder große Koalition?

Eine Entscheidung, die eine ganz große Senfation bringt, ist selten besonders günstig; die Reichstagswahlen vom 4. Mai waren keine ganz große Senfation. Man braucht kein viel geschmählter „Mittelpartei“ zu sein, um sich dessen zu freuen, daß die beiden Flügelparteien, — denn als solche sah man im Volke trotz lebhaften Protestes der Willeute die Köpfe und die Kommunisten an — zusammen keine Mehrheit im Reichstag errungen haben. Sonst wäre sogar die vorläufig noch ganz unaufrichtige „ganz-große Koalition“ von den Deutschennationalen bis zu den Vereinigten Sozialdemokraten unmöglich gewesen. Die beiden Flügel haben es auf zusammen etwa 20 Proz. der Reichstagsstimme gebracht (etwa 10 Mandate). Zeit genau ebensolche hat jede der beiden Nachbarparteien (Deutschenationale und Sozialdemokraten) zu verzeichnen. Würde man also die kleinen Mittelgruppen (Wirtschaftspartei, Bayersche Volkspartei, Bauernbund, Deutsch-Hannoverscher und einige andere) als Verhärterung einer Regierungskoalition ansehen, so hätten sowohl der Bürgerblock von den Deutschennationalen bis zu den Demokraten wie auch die „große Koalition“ von der Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten Aussicht, mehr als die Hälfte der Stimmen des Reichsparlamentes hinter sich zu haben. Das ist mehr, als man nach den frühen Prophezeiungen der letzten Wochen zu hoffen wagt.

Voreilige Zeichenbeurteilung wollen bereits wissen, daß der Reichspräsident die Aussicht, einen Sozialdemokraten mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Es ist aber einermägen unaufrichtig, daß Herr Ebert in Bad Mergentheim tagelang vor der Befanngabe des amtlichen Wahlergebnisses feste Absichten über das hegt, was etwa in 14 Tagen zu tun ist. Erst wenn die amtlichen Resultate vorliegen, wird man beurteilen können, ob nicht doch der Bürgerblock oder die große Koalition auf so schwachen Füßen stehen würde, daß die eine von beiden Variationen ausscheidet. Zu einer Regierungsbildung gehört aber mehr als eine allgemeine theoretische Möglichkeit. Es muß ein Mann da sein, der sie durchführt. An sich ist es kein absoluter Hinderungsgrund, wenn eine Partei ein anderen im Wahlkampf Unfreundlichkeiten gesagt hat. Darum würde z. B. die Auseinandersetzung zwischen Stresemann und dem Sozialdemokraten Solffmann nicht grundsätzlich die Wiederkehr einer großen Koalition unter Stresemann oder Marx-Führung ausschließen.

Selbst die Tatsache, daß die Demokraten und das Zentrum im November vorigen Jahres die Aufnahme der Deutschennationalen in die Regierungskoalition und damit die Bildung des Bürgerblocks abgelehnt haben, ist kein unbedingter Beweis dafür, daß die beiden Mittelparteien im Mai von der gleichen Sprödigkeit befeht sein würden. Die Neigung zur Paarung wäre dann wohl weniger auf die Jahreszeit als vielmehr auf die bevorstehende Entscheidung des Reparationsproblems zurückzuführen. Wir würden in der Tat von allen Möglichkeiten uns mit dem Reparationsstaatsden der Sachverständigen auseinandersetzen die schlechteste wählen, wenn wir aus Unfähigkeit ein geschäftsfähiges Ministerium aufzustand zu bringen, weder „ja“ noch „nein“ sagten und in der Welt aufs Neue der Behauptung Nahrung gäben, die einzige Verhandlungsart, die für Deutschland in Betracht komme, sei das Diktat.

Es muß nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen also als möglich bezeichnet werden, daß mit einigen Schwierigkeiten und vielleicht auch erst nach vergeblichen Anläufen die Regierungsbildung gelingt. Vielleicht wird das kommende Reichstagsabstimmungen

### Wachsende Streikgefahr im Bergbau. Sowjetpropaganda.

Von unserem Berichterstatter im Ruhrgebiet. Essen, 5. Mai.

Seit langem waren Kommunisten, Antiquitäten und Separatisten darauf aus, im Ruhrgebiet Unruhen hervorzufragen. Die Westarbeiter haben sich — nach ihrem Willen im Winter dieses Jahres — äußerlich zurückgehalten, aber wo es galt, Unruhe zu erwecken, Migrationen zu tun, die Berliner Regierung bezuzubringen, da waren sie mit dabei. Wer Gelegenheit hatte, zahlreichen Wählervereinigungen beizutreten, machte die Entdeckung, daß Kommunisten, Antiquitäten, Separatisten, an einem Abend kommen und über der Kammer der A. F. V. und selbst der U. S. P. sich in ihrem Schlepptau befinden. Schon Anfang April ging durch die Arbeiterkassen die von linksradikaler Seite ausgehende Parole:

„Am 15. April geht es los!“

Wie das gemeint war, zeigen die Sabotageakte auf den Geleisenführer. Auch im Ruhrgebiet befeht nach russischem Vorbild geleitete Terrororganisation, es ist charakteristisch, daß die beiden Verbände, die an den Sabotageakten beteiligt waren und ihrer Verhaftung durch Selbstmord entgingen, nachdem sie vorher mehrere Polizeibeamte schwer verwundet, polnische Nationalität sind. Alle destruktiven Elemente haben die Volkswirtschaft vor ihren Wagen zu spannen verstanden. Bedenklich ist das starke Eindringen der Kommunisten in die Gewerkschaften, sie sind besonders einflussreich im freigewerkschaftlichen Bergarbeiter- und im Metallarbeiterverband. Die Gewerkschaften alter Richtungen sind aber auch politisch abwärts, aber die Kommunisten wollen durch Inflationen, Forderungen und Terror von Zeit zu Zeit die Masse zu Verbrechen hinarbeiten, die zwar ausnahmslos im Namen der arbeitenden Arbeiter ausgehen, aber nach kommunistischer Ansicht doch auf den Erfolg haben, das Bürgertum zu vernichten und die Wirtschaft zu desorganisieren, die bürgerliche Ordnung zu zerrüttern. Es ist kein Zufall, daß jetzt vor den Wahlen die Bergarbeiter in den Kampf um die Eisenbahnbesetzung eingetreten sind. Die Kommunisten waren es, die diesen schweren Konflikt heraufbeschworen haben. In der Republikanten des alten Bergarbeiterverbandes, in der über das Arbeitsverhältnis entschieden wurde, das durch Schließung des (sozialdemokratischen) Reichskommissars Reichlich verlängert werden war, kapitulierte der Vorstand vor der durch die Kommunisten geführten Opposition und brachte den Beschluß der Republikanten, am 1. Mai ab nun nach sieben Stunden unter und acht Stunden über Tag zu arbeiten, zur Durchführung, für die Wahlen am 4. Mai mußte die nötige Stimmung geschaffen

zu einer Entscheidung in der Reparationsfrage aufstehen. Da aber jede Entscheidung eine Erziehung der Lage für breite Schichten unseres Volkes im Gefolge hat, droht den Teilnehmern an der Regierungskoalition die halbe „Rache der Wähler“. Denn daß der am 4. Mai gewählte Reichstag nicht wie seine Vorgänger in den Selen sterben, — d. h. seine verfassungsmäßigen 4 Jahre leben — wird, erscheint kaum zweifelhaft. Wer sich jetzt zur Teilnahme an der Regierung bereit erklärt, setzt also — mehr noch als die frühere Regierungskoalition — seine Partei aufs Spiel. Es muß sich erst zeigen, in welchen Parteien der Wille, dem deutschen Volke zu dienen, größer ist als der Organisationssehnsucht. Darum ist die Möglichkeit durchaus nicht von der Hand zu weisen, daß Ende Mai ein einmal ein Unterhandlungsabstimmungen gebildet wird, und falls dann, wenn die Gegenseite deutschen Lebensnotwendigkeiten die Berücksichtigung verweigert, die Koalition auseinanderbricht und ein abermaliger Appell an das Volk erforderlich wird.

Diesmal haben die Wahlen nicht unter einer klaren Parole gestanden. Die Frage, ob das Sachverständigenstaatsden in der vorliegenden Form zum Beschluß erhoben werden darf, ist von keiner Partei außer den Flügelparteien aufgeworfen und beantwortet worden. Insbesondere hat niemand gesagt, den Man im Ganzen und in allen Teilen zu billigen. Alle Parteien, die für die kommende Regierungsbildung in Betracht kommen, hoffen, daß sie gewisse grundlegende Verbesserungen oder Ergänzungen durchdrücken können.

wenden; nichts anderes besawden die Radikalführer, denen der sonst aus vernünftigen, einflussreichen Männern zusammengesetzte Vorstand des Bergarbeiterverbandes nur um dem Schlimmsten die Spitze abzugeben, nicht seine Leiter vor der Nähe war. Am Tag vor der Wahl lagen so fölle alle Gruben im Ruhrgebiet im Kampf.

### Der deutsch-russische Konflikt.

Der russische Botschafter in Berlin, Herr Kreftinski, hat die Protestnote der deutschen Regierung mit einer Darstellung erwidert, die der Überhöhung deutscher Polizeibeamter in der russischen Handelsvertretung und der dort üblichen Gewaltangewandtheit eine harmlose Darstellung gibt. Zum Schluß legt Herr Kreftinski gegen das Vorgehen der deutschen Polizei Verwahrung ein und droht mit Konsequenzen. Ungleich fühlt sich keine Regierung auf das Schmerliche belächelt. Wir werden den russischen „Konsequenzen“ mit Ruhe entgegengehen. Die „Harmlosigkeit“ russischer Handelsdelegationen ist zur Genüge bekannt. Als Mitglied einer solchen Delegation in Kanada einmal gefragt, wie über die dortige Behandlung des Gewerks wegen ihrer angeblichen diplomatischen Mission. Als die tanabliche Jollbeide sich darauf nicht einließ und die Koffer öffnete, fand sie die Gewerkschaften in der Hand mit 60 Schilling in russischer Währung. In der nächsten polnischen. Bei näherem Zusehen entzupften sich die Mitglieder der Handelsvertretung als routinierter russischer Propagandisten.

Das nächste Schauspiel wiederholt sich überall. Es ist nur etwas bekannt, daß die russische Handelsvertretung in Berlin mit den Kommunisten in allernäherer Verbindung steht. Durch ihre Hände fließen die gesamten Unterhaltungsbedürfnisse, mit denen die kommunistische Agitation in Deutschland befeht wird und die ganze kommunistische Partei ist in den Händen der Handelsvertretung zu Hause. Die Befreiung des Kommunisten Böhmernd wurde in der raffiniertesten Weise durchgeföhrt und wenn noch russischer Geiz behauptet wird, das Ganze habe sich ohne Willen der Handelsvertretung abgelehnt, so kann man damit auf niemanden Einbruch machen, der die Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt. Die deutsche Regierung müßte sich ebenso überlegen lassen, wie man die unterirdischen Bestrebungen übersehen hat, wenn sie sich durch die russische Kasse irgend wie einfangen ließe.

Die Russen zwingen den Staaten, die mit ihrem Lande Handel treiben wollen, die Handelsvertretung auf, indem sie das russische Handelsmonopol verhängen. In die Hände dieser Delegation fallen alle vom Handelsministerium abgelehnt, so kann man damit auf niemanden Einbruch machen, der die Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt. Die deutsche Regierung müßte sich ebenso überlegen lassen, wie man die unterirdischen Bestrebungen übersehen hat, wenn sie sich durch die russische Kasse irgend wie einfangen ließe.

Die Russen zwingen den Staaten, die mit ihrem Lande Handel treiben wollen, die Handelsvertretung auf, indem sie das russische Handelsmonopol verhängen. In die Hände dieser Delegation fallen alle vom Handelsministerium abgelehnt, so kann man damit auf niemanden Einbruch machen, der die Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt. Die deutsche Regierung müßte sich ebenso überlegen lassen, wie man die unterirdischen Bestrebungen übersehen hat, wenn sie sich durch die russische Kasse irgend wie einfangen ließe.

### Die Streikwelle im Reich.

Die Lage im sächsischen Steinkohlengruben ist außerordentlich. Es wird mit einer allgemeinen Ausbreitung gerechnet. Im Zwickauer Revier ist die Ausbreitung schon erfolgt. Der Konflikt in der sächsischen Erz- und Eisenindustrie ist ebenfalls sehr ernst. Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, unter Anwesenheit der Tarifverträge und der Schiedsrichter die Arbeit wieder aufzunehmen. Nach einer Sitzung aus Dresden hat die Konferenz der Bergarbeiter in Oberfranken wegen des Scheiterns der Verhandlungen über die Arbeitszeit den Generalstreik proklamiert. Die Bergarbeiter der Riese-Gruben haben gestern in gemeinsamer Abstimmung den Hamburger Streik mit 90 Prozent der abgesehenen Stimmen abgelehnt. Der seit Mitte März im Bauern Revier der Riese-Gruben streik nicht also weiter.

Wahrscheinlich wird dann, wenn — vielleicht im Juni — die internationale Reparationskonferenz abgehalten wird, über welche sich Thomson und Macdonald Ende voriger Woche bei ihrem Zusammensein in Chequers geeinigt zu haben scheinen, — in Deutschland der aus dem Juni 1919 her bekannte Streit wieder entbrennen, ob wir wieder etwas unterfchieden dürfen, was in seiner Erfüllungzeit zum mindesten nicht klar erkennbar ist. Der jetzt gewählte Reichstag erscheint uns fähig, eine großzügige Politik auf weite Sicht zu führen bzw. zu führen. Die erste folgenschwere Entscheidung droht ihm in unüberdrückbare Trümmer zu zerfallen. Oder sollte unter den „neuen Männern“ schon der „Starke“, „Erleuchtete“ sein, der es fertig bringt, das deutsche Volk — notfalls sogar gegen seinen Willen — zu seinem Glück zu zwingen?

Der „einzig“ Vertreter der Nationalliberalen Vereinigung. Die Nationalliberale Vereinigung, die aus eigenen Kräften überhaupt keinen Sitz erlangen konnte, hat durch eine Verbindung ihrer Reichswahlhilfe mit verschiedenen landwirtschaftlichen Parteien im Süden des Reiches (Bauern und Weingärtner, Hessischer Bauernbund u. m.) nach der bisher vorliegenden Ergebnissen einen ihrer Kandidaten durchgebracht.

### Deutsch-russischer Notenwechsel.

Berlin, 6. Mai. In einer weiteren Note an den Reichsminister Dr. Stresemann erklärt die russische Botschaft, die Darstellung der Polizeibeamten sei falsch. Das Eindringen des Geldführers der Handelsvertretung gegen fremde Zivilpersonen, die mit Revolution in den Händen im Hause der Handelsvertretung umhergelaufen seien, ist völlig gerechtfertigt gewesen. Der Botschafter wendet sich gegen die Ansicht, daß die Handelsvertretung keine Exterritorialität genieße, und weist die Behauptung des deutschen Reichsminister Stresemann gegen die Behauptung der Angehörigen der Handelsvertretung, ihre persönliche Verhaftung und ihre gerichtliche Verfolgung auiord.

In seiner Antwort auf diese russische Note weist der Reichsminister darauf hin, daß er der russischen Note keine konkreten tatsächlichen Umstände zu entnehmen vermöge, die die Aussagen der beiden Kriminalbeamten als ungläubwürdig erweisen lassen könnten.

Der Minister weist die Unterstellung, daß die deutschen Beamten aus persönlichen Interessen von der Wahrheit abgesehen seien, am le energischer zurück, als ein solches persönliches Interesse in gleichem Umfang bei den beteiligten russischen Persönlichkeiten vorliege, die der Verantwortung für die Befreiung eines wegen Hochverrats in Haft befindlichen Kommunisten entgegen wählten.

Zu der Frage der Exterritorialität erklärt die Note, daß dem von der deutschen Regierung in der Note vom 21. März d. J. niedergelegten Standpunkt von der russischen Botschaft nicht widersprochen worden ist und weil bei dieser Rechtslage der Vorwurf der Mißachtung der Verträge und der Rechtswidrigkeit der Verhaftung einiger nicht exterritorialer Mitarbeiter der Handelsvertretung als unbegründet zurück.

Berlin, 6. Mai. Von den in der russischen Handelsvertretung festgenommenen sind gestern 7 dem zuständigen Richter vorgeführt worden. Gegen 5 von ihnen wurden Haftbefehle erlassen. Die beiden anderen wurden freigelassen. Botschafter Kreftinski, der ursprünglich gehen abend nach Moskau zu reisen beabsichtigte, wird wegen noch im Stadium des in London weilenden Chefs der Handelsdelegation, Stenomonow, abwarten.

